

Information zur Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für den Bereich Wasser-, Boden- und staatliches Abfallrecht

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

- Erteilen von wasserrechtlichen Gestattungen
- Vollzug der Anlagenverordnung (AwSV)
- Festsetzen der Abwasserabgabe
- Ausweisungen, Änderungen von Schutzgebieten (Trinkwasser, Hochwasser) oder Ausnahmen von Verboten der Schutzgebietsverordnungen
- Behandlung von Altlasten und LHKW-Schäden
- Erfassung, Sanierung und Überwachung von Altablagerungen und Altlastenstandorten
- fachliche und rechtliche Stellungnahmen in Bauleitverfahren und Bauordnungsverfahren sowie bei anderen öffentlich-rechtlichen Genehmigungsverfahren
- Genehmigung und Überwachung von DK0-Deponien
- Vollzug der Abfallgesetze und deren Verordnungen

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landratsamt Roth,
Weinbergweg 1, 91154 Roth
Telefon: 09171 81-0
E-Mail: info@landratsamt-roth.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Roth,
Datenschutzbeauftragter,
Weinbergweg 1, 91154 Roth
Telefon: 09171 81-1182
E-Mail: datenschutz@landratsamt-roth.de

4. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

a) Zweck

- Durchführung von wasserrechtlichen Verfahren und Führen des Wasserbuchs (Anhörung von Fachstellen, Trägern öffentlicher Belange, ggf. Öffentlichkeitsbeteiligung)
- Registrierung, Überwachung von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdeten Stoffen, Führen der VAwSDat, fachliche Stellungnahmen in anderen öffentlich-rechtlichen Genehmigungsverfahren (Bauantrag, BImSchG), Durchführen von Cross Compliance-Verfahren (HIT-Datenbank)
- Berechnen der Kleineinleiter-, Großeinleiter und Niederschlagswasserabgabe
- Durchführung von Ordnungs- bzw. Ausnahmeverfahren von Verbotstatbeständen der Verordnungen
- Organisation und Durchführung von bodenschutzrechtlichen Verfahren
- Durchführungen von bodenschutzrechtlichen Verfahren, Führen des Altlastenkatasters (ABuDIS)
- Verfassen von bodenschutzfachlichen, und - rechtlichen, wasser- und abfallrechtlichen Stellungnahmen
- Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und der Deponieverordnung
- Überwachung von Abfallströmen und ordnungsgemäßer, schadloser Entsorgung/Verwertung

b) Rechtsgrundlage

Die Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 DSGVO, Art. 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 2 BayDSG, WHG, BayWG, Verordnung über Pläne und Beilagen in wasserrechtlichen Verfahren (WPBV), BayVwVfG, Nr. 47.4 VVAwSV, AwSV, KrWG, BBodSchG, BayBodSchG, BBodSchV, DepV, BayAbfG, NachwV, BefErIV, BioAbfV, VerpackungV, BattV, AltöIV, VO über Verbrennen strohiger Abfälle, ASYS, eEfbV) Einwilligung des Betroffenen verarbeitet.

5. Kategorien der personenbezogenen Daten und betroffenen Personen

Es werden folgende personenbezogenen Daten verarbeitet: Name, Vorname, Anschrift, Kontaktdaten, Bankverbindung, ggf. Grundbuchauszug, Firmen Gewerbeanmeldungen oder Handelsregistrauszüge, Belege über Entsorgungsnachweise, grundstücksbezogene Daten, anlagenbezogene Daten, Firmendaten

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben übermitteln wir erforderliche Daten an jeweils zuständigen Stellen (z.B. Bauamt, Immissions- und Naturschutzrecht, technischer Umweltschutz, Gewerbe-, Jagdrecht, Gesundheits- und Veterinäramt). Weiter müssen zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben Daten an weitere Behörden, Gerichte oder Stellen übermittelt werden (z.B. Bayerisches Landesamt für Umwelt, Gesundheitsamt,

Kreisverwaltungsbehörden, Wasserwirtschaftsamt, Landwirtschafts- und Forstbehörden, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Städte und Gemeinden, Gutachter, Firmen, Zertifizierer). Im Falle von Ordnungswidrigkeitenverfahren, Umweltstraftaten aber auch Klageverfahren werden Ihre Daten an diese dafür zuständigen Stellen übermittelt (z. B. Gerichte, Strafverfolgungsbehörden). Die Daten werden aber nur weitergegeben, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Eine Übermittlung an Drittländer findet nicht statt.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Für die Löschfristen gelten die spezialgesetzlichen Regelungen und die Aufbewahrungsbestimmungen nach dem Bayerischen Einheitsaktenplan.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer Daten Widerspruch einzulegen, wenn die Verarbeitung ausschließlich auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchst. e oder f DSGVO erfolgt (Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, unterbleibt in der Folge eine weitere Verarbeitung Ihrer Daten.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz:

Adresse: Wagnmüllerstraße 18, 80538 München
Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München
Telefon: 089 212672-0
Telefax: 089 212672-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de
online: www.datenschutz-bayern.de

10. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Falls Sie in die Verarbeitung eingewilligt haben und die Verarbeitung auf dieser Einwilligung beruht, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus: Art. 6 DSGVO; Art. 4 BayDSG-E i. V. m. den Spezialnormen, die unter 4 b angegeben sind.